

Begrüssung Dr. Marcel Rohner, Präsident VAV

Luzern, 17. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Ständerät, Herr Regierungsrat, Exzellenzen,

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist mir eine grosse Ehre und ein grosses Privileg, Sie heute im KKL Luzern im Namen der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken und der Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken zum bereits vierten Private Banking Day zu begrüßen. Normalerweise beschäftigen wir uns an diesem Anlass mit volkswirtschaftlichen oder regulatorischen Themen, die für die Vermögensverwaltung einen übergeordneten Charakter und eine gewisse Konstanz aufweisen. Dabei versuchen wir gemeinsam, Einordnungs- und Interpretationshilfen, Szenarien und Auswirkungen sowie mögliche Lösungsansätze für die Zukunft zu eruieren.

Letztes Jahr in Lugano haben wir uns somit eines «klassischen» Themas angenommen, das unsere Branche auch heute und zumindest in absehbarer Zukunft beschäftigen wird. Dabei ging es um die Frage, ob eine Lösung möglich ist, sodass unsere exportorientierten Privatbanken ihre Dienstleistungen von der Schweiz aus in ihrem wichtigsten Absatzmarkt – der EU – ohne protektionistische Barrieren anbieten können. Heute ist dies leider nur sehr eingeschränkt möglich, teils wegen des zunehmenden Protektionismus bei unseren Nachbarn, teils aber auch aus eigenem Verschulden. Diejenigen unter Ihnen, die im letzten Jahr in Lugano dabei waren, erinnern sich bestimmt noch an die mahnenden Worte von Herrn Bundesrat Cassis, als er die Finanzbranche zu Recht dafür in die Pflicht nahm, dass sie sich nicht auf eine Marktzugangsstrategie einigen konnte. Ein gutes Jahr später stelle ich aber mit Genugtuung fest, dass der bundesrätliche Klartext offensichtlich gewirkt hat: Die Branche konnte sich inzwischen auf eine Marktzugangsstrategie einigen. Mit geschlossener Innenfront kann der Bundesrat nun die Diskussion mit Brüssel aufnehmen. Um in der Schweiz Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuererträge zu erhalten, sind Verbesserungen in diesem Bereich bekanntlich unerlässlich und volkswirtschaftlich von grosser Bedeutung. Das Private Banking in der Schweiz generiert nämlich rund 50 Prozent aller Erträge der hiesigen Bankenindustrie; es erwirtschaftet etwa zwei Drittel seiner Erträge im Export und es steht mit einem Marktanteil von 25% nach wie vor weltweit an der Spitze in Bezug auf das Volumen der grenzüberschreitend verwalteten Vermögen. Dies weit vor Finanzplätzen wie Singapur, Hong Kong, London oder Luxemburg. Der Erfolg unseres Vermögensverwaltungsgeschäfts ist daher untrennbar damit verbunden, dass Kundinnen und Kunden im Ausland von der Schweiz aus effizient und ohne protektionistische Hürden bedient werden können. Hier zeigt sich der starke Exportcharakter unserer Industrie.

Unter dem etwas plakativen Titel «Cyber-Ära: Ist der Schutz von Vermögen und Privatsphäre noch möglich?» befassen wir uns heute in Luzern, im Gegensatz zu früheren Jahren, mit einer in erster Linie operativen Fragestellung. Die Bedrohung durch Cyber-Risiken hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Ihre Relevanz für die ganze Branche und weit darüber hinaus darf unter keinen Umständen unterschätzt werden.

Um eine umfassende Standortbestimmung unserer Vermögensverwaltungsindustrie vorzunehmen, genügt es nicht, sich auf einen oder zwei wichtige Aspekte wie den Marktzugang oder die Steuerattraktivität zu konzentrieren. Es müssen vielmehr alle für unser Geschäft relevanten Kriterien in die Analyse einbezogen werden. So hat letztes Jahr die Schweizerische Bankiervereinigung – unter massgeblicher Beteiligung der VAV – eine Benchmarking-Analyse der massgebenden Finanzplätze für die Vermögensverwaltung vorgenommen. Die Resultate dieser Studie zeigen einerseits, dass die Schweiz bei der Umsetzung internationaler Standards ihre Hausaufgaben gemacht hat. Sie darf somit inskünftig selbstbewusst auftreten, wenn es darum geht, von Konkurrenzfinanzplätzen eine ebenso strenge Umsetzung dieser Standards einzufordern. Dann gilt es, vorhandenen Handlungsspielraum für eine effiziente und schlanke nationale Umsetzung von internationalen Kapital- und Liquiditätsvorschriften sowie Corporate Governance-Regeln konsequenter zu nutzen. Potenzial sehen wir bei einer vermehrt differenzierten und verhältnismässigen Implementierung der Regelwerke für nicht systemrelevanten Banken. Andererseits zeigt die Benchmark-Analyse, dass die Schweizer Vermögensverwaltungsbanken in ihrem Heimmarkt erfreulicherweise grundsätzlich attraktive Wettbewerbsfaktoren vorfinden. Dies betrifft die Rahmenbedingungen, die nicht durch internationale Standards bestimmt werden, sondern eigenständig gestaltet werden können. Abgesehen vom erwähnten fehlenden Marktzugang und der verbesserungswürdigen Besteuerung von Finanztransaktionen trifft dieser Befund insbesondere auf das liberale und effiziente Arbeitsmarktsystem und die hohe Qualität unserer «Finanzplatzinfrastruktur» zu.

Die Schweiz verfügt nämlich – und damit spanne ich langsam den Bogen zum heutigen Thema – über eine sehr gut ausgebaute und verlässliche «Finanzplatzinfrastruktur». Dazu gehören der erforderliche schützende Rechtsrahmen für Kunden und Daten genauso wie die technologischen Fertigkeiten, um qualitativ hochstehende infrastrukturelle Lösungen zu finden und entsprechende Finanzdienstleistungen anzubieten. Die hervorragende Finanzplatzinfrastruktur verdanken wir zum einen der besonders hohen **Rechtsstaatlichkeit** unserer öffentlichen Ordnung, welche sich durch die Stabilität des Rechtssystems, den ausgezeichneten Kundenservice, die richterliche Unabhängigkeit und das geringe Ausmass an Korruption im öffentlichen Sektor auszeichnet. Die hochwertige Finanzplatzinfrastruktur gründet zum andern aber auch darin, dass sich die Schweiz in Sachen technologischer Wandel und Innovationskraft immer wieder sehr gut positioniert und einem produktiven Strukturwandel offensteht. Dies gilt spezifisch auch für qualitativ hochstehende Finanzdienstleistungen. Auch wenn die Digitalisierung Kostendruck erzeugt und neue Konkurrenten heranwachsen lässt, bietet der Schweizer Standort hiesigen Finanzakteuren weltweit beste Bedingungen, um die neuen Herausforderungen anzupacken und daraus Chancen zu ergreifen. Denn unser Land – und mit ihm unser Finanzplatz – verfügt über alle notwendigen Voraussetzungen und Zutaten für eine erfolgreiche digitale Transformation: hervorragende Hochschulen, Human- und ausreichend Investitionskapital, starke fachliche Clusters sowie eine zugängliche öffentliche Hand – und das alles auf kleinstem Raum.

Einen Punkt möchte ich bei dieser «infrastrukturellen Stärke» unseres Finanzplatzes besonders hervorheben, nämlich die Qualität des Datenschutzes. Für Privatbanken haben der Schutz sensibler Kundendaten, die Privatsphäre der Kunden und ganz allgemein der Schutz persönlicher Daten höchste Priorität. Sehr positiv wirkt sich dabei die Solidität unseres Rechtsstaats aus. Andererseits sind auch Schweizer Banken – analog zu international tätigen Unternehmen anderer Branchen – darauf angewiesen, dass die Schweizer Datenschutzgesetzgebung gleichwertig mit der EU-Datenschutzrichtlinie ist, um so eine operativ einwandfreie grenzüberschreitende Datenübermittlung

zu ermöglichen. Im Zuge der Digitalisierung – und damit bin ich beim heutigen Thema angelangt – nimmt jedoch auch die Gefahr von kriminellen bzw. geopolitisch bedingten Cyber-Attacken zu. Der Anfang Mai erstmals veröffentlichte Bericht des Nachrichtendienstes des Bundes zur Bedrohungslage zeigt zwar, dass sich die Lage nicht wesentlich verändert hat, mit dem Prädikat «relativ stabil» aber die Gefahren teilweise stark an Konturen gewonnen haben. Neben der terroristischen Bedrohung und wachsenden regionalen Spannungen mit globalen Konsequenzen steht für die Schweiz der intensive und aggressive Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel – einschliesslich Cyber-Mittel – im sicherheitspolitischen Brennpunkt. Gemäss diesem Bericht befindet sich auch der Banken- und Handelsplatz – neben einer ganzen Reihe weiterer öffentlicher Akteure und Branchen – im Visier der eingesetzten Cyber-Mittel. Der Bankenplatz gehört damit eindeutig zu den schützenswerten kritischen Einrichtungen und Infrastrukturen der Schweiz.

Weltweit vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über den Diebstahl von Millionen von Passwörtern und sensiblen Daten berichtet wird. Diese Attacken führen zu horrenden Kosten für die Unternehmen und letztendlich zu enormen volkswirtschaftlichen Schäden. Die unserem Finanzplatz attestierte hohe infrastrukturelle Resilienz besteht darin, dass unsere Banken grosse Anstrengungen unternehmen, um Cyber-Bedrohungen effizient zu bekämpfen und sensible Daten wirksam zu schützen. Für die einzelnen Finanzakteure wird es jedoch zunehmend schwieriger, sich im Alleingang gegen umfassende Attacken zu wehren. Eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Banken wie auch mit den Behörden ist daher zwingend notwendig. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen sehr simplen Vergleich, um die Problematik zu verdeutlichen: Wenn in der «realen Welt» z. B. in den Tresorraum einer Bank eingebrochen wird, taucht – sofern die Alarmanlage funktioniert – innert Kürze die Polizei auf und verhaftet die Einbrecher oder nimmt – sofern sie flüchten konnten – die Verfolgung der Täterschaft auf. Darüber hinaus kann die Schweizer Polizei zusätzlich auf eine in der Regel funktionierende Unterstützung ihrer Kollegen im Ausland durch die internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Interpol zählen.

Ganz anders präsentiert sich die Situation bei virtuellen Angriffen. Betroffene Unternehmen sind dabei oftmals auf sich selbst gestellt. Sie können Attacken zwar melden. Es fehlt jedoch an der Möglichkeit einer sofortigen polizeilichen Intervention im Sinne einer Cyber-Truppe, die im Bedarfsfall – analog der «realen Welt» – rasch und effizient intervenieren kann. Auch scheint die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität naturgemäss nur sehr beschränkt zu wirken, da Kriminelle nicht selten professionell über verschiedenen Jurisdiktionen hinweg agieren, was ihrer Aufspürung sehr hinderlich ist, sie gar verunmöglicht. Es braucht daher dringend Massnahmen, um Verbesserungen in diesen Bereichen herbeizuführen. Denn es ist völlig klar, dass die Fähigkeit Cyber-Attacken effektiv zu bekämpfen, ein immer wichtigerer Faktor im Wettbewerb unter den Finanzplätzen wird. Cyber-Security muss daher als wichtiger Wettbewerbsfaktor für die Schweiz definiert werden. Ergreift die Schweiz nicht frühzeitig Massnahmen und koordiniert sie sich nicht mit den nötigen Partnern, riskiert sie, dass die Grundpfeiler ihres Erfolges (Stabilität in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft) untergraben werden und letztendlich die Zukunft des Erfolgsmodells Schweiz gefährdet ist.

Ich möchte diese Einführung nicht weiter verlängern, denn ich bin sehr gespannt darauf, welche Antworten und Lösungsansätze unsere hochkarätigen Referenten unter anderem zu diesen Fragestellungen bereit haben. Gerne übergebe ich nun das Wort an Katja Stauber, damit sie bereits zum zweiten Mal – gewohnt eloquent – durch die Veranstaltung führt.